

SWR2 Leben

## **Attac, Campact, Verfolgte des Naziregimes – Wer definiert Gemeinnützigkeit?**

Von Christine Werner

Sendung: 23.03.21, 15.05 Uhr

Redaktion: Nadja Odeh

Regie: Nicole Paulsen

Produktion: SWR 2021

SWR2 Leben können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:  
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-sw2-tandem-100.xml>

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

### **Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)

### **Die SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...  
Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

## **ATTAC, CAMPACT, VERFOLGTE DES NAZIREGIMES - WER DEFINIERT GEMEINNÜTZIGKEIT?**

### **Erzählerin:**

Seit Jahren bin ich Mitglied in zwei Vereinen – passives Mitglied. Ich zahle meinen Beitrag und kriege am Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Ich weiß, dass Vereine eine Satzung brauchen und dass für viele die Gemeinnützigkeit wichtig ist. Auf den Spendenbescheinigungen steht auch immer:

Zitatorin – liest Spendenbescheinigung

Bestätigung Geldzuwendung, Mitgliedsbeiträge: Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung anerkannter gemeinnütziger Zwecke verwendet wird.

### **Erzählerin:**

Seit einiger Zeit gibt es jedoch Diskussionen um eben diese Gemeinnützigkeit. Organisationen wie Attac, Campact oder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ wurde sie aberkannt. Aber was bedeutet überhaupt „gemeinnützig“? Und um was geht es in dem Konflikt?

*Atmo Begrüßung Thomas Eberhardt-Köster*

### **Erzählerin – über Atmo:**

Attac in Düsseldorf. Thomas Eberhardt-Köster ist seit 20 Jahren Mitglied der globalisierungskritischen Organisation und Leiter eines Koordinierungskreises. Mit Attac kam das Thema „Gemeinnützigkeit“ in die Öffentlichkeit, denn 2014 wurde sie dem Verein entzogen.

### **O-Ton 1 Thomas Eberhardt-Köster:**

Gemeinnützigkeit ist für uns eigentlich, im Interesse der Allgemeinheit tätig zu sein. Also im Gegensatz zu einer Lobbyorganisation, die stärker die Interessen einer Gruppe vertritt, was ja legitim ist, ist unser Anspruch an Gemeinnützigkeit zu sagen: Wir vertreten ein Allgemeininteresse zum Wohle der Menschheit, wenn man es mal ganz pathetisch formulieren will.

### **Erzählerin:**

Das Wohl der Menschheit steht so pauschal aber nicht in Paragraf 52 der Abgabenordnung. Dort ist genau aufgelistet, was Bundestag und Bundesrat für gemeinnützig halten, welche gemeinnützigen Zwecke ein Verein in seiner Satzung verfolgen kann.

Zitatorin – liest gemeinnützige Zwecke

Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Gemeinnützige Zwecke sind unter anderem: Förderung von Wissenschaft und Forschung, Jugend- und Altenhilfe, Naturschutz, Tierschutz,

Verbraucherberatung, Katastrophenschutz, Schutz von Ehe und Familie, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Förderung der Bildung, die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens ...

**O-Ton 2 Thomas Eberhardt-Köster:**

Also Eintreten für Demokratie, Eintreten für Sozialstaat, Eintreten für Völkerverständigung. Na, das steht ja auch damit drin. Was nicht drinsteht, was für uns aber dazugehört: Eintreten für Menschenrechte.

*Atmo Thomas Eberhardt-Köster, Gespräch*

**Erzählerin - über Atmo:**

Ob ein Verein seine gemeinnützigen Zwecke auch wirklich verfolgt, wird vom Finanzamt regelmäßig überprüft. Das zuständige Finanzamt Frankfurt hat dem Trägerverein von Attac die Gemeinnützigkeit lange bestätigt, 2014 aber entschieden, dass die Vereinssatzung der Abgabenordnung nicht mehr genügt. Unter anderem, weil Attac allgemeinpolitische Ziele verfolge, wie beispielsweise die Regulierung der Finanzmärkte oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

**O-Ton 3 Thomas Eberhardt-Köster:**

Also, wir sehen die Steuerpolitik eingebunden in eine Gesellschaftspolitik. Also je nachdem, wie ich was besteuere oder nicht besteuere, hat das Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

**Erzählerin:**

Attac hat gegen die Aberkennung geklagt, und das Finanzgericht Kassel hat dem Verein 2016 Recht gegeben und geurteilt: „Attac ist gemeinnützig!“. Daraufhin hat sich das Bundesfinanzministerium eingeschaltet, damals unter Finanzminister Wolfgang Schäuble, und hat das Finanzamt Frankfurt angewiesen in Revision zu gehen. Im Internet finde ich das Schreiben des Ministeriums:

Zitatorin – liest Schreiben des Bundesfinanzministeriums

... hiermit bitte ich Sie, Beschwerde beim Bundesfinanzhof einzulegen. (...) Die Rechtsprechung des Finanzgerichts hätte zur Folge, dass sich Körperschaften, deren Satzung als gemeinnütziger Zweck „Förderung der Bildung“ beinhaltet, sich - gemeinnützigkeitsrechtlich unbedenklich - zu einem breiten Themenspektrum politisch äußern könnten.

**Erzählerin:**

Aber warum sollen politische Äußerungen problematisch sein für die Gemeinnützigkeit? Das Finanzamt Frankfurt legt jedenfalls, wie gewünscht, Revision ein. Der Fall landet beim Bundesfinanzhof.

*Atmo Termin bei Stefan Diefenbach-Trommer*

*Klingel. Hallo, Christine Werner hier. Ja, guten Tag. Wir sind ganz oben. Ich komme Ihnen mal entgegen. Schritte Treppe hoch ...*

**Erzählerin:**

Bei meiner Recherche stoße ich auf die „Allianz für Rechtssicherheit für politische Willensbildung“. Ein Zusammenschluss von mehr als 180 Vereinen und Stiftungen, die sich für eine Änderung der Abgabenordnung und ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht einsetzen. In Marburg besuche ich den geschäftsführenden Vorsitzenden der Allianz: Stefan Diefenbach-Trommer. Warum wollen Vereine denn überhaupt gemeinnützig sein, will ich von ihm wissen.

**O-Ton 4 Stefan Diefenbach-Trommer:**

Sie kommen als Verein in den aller allermeisten Fällen um die Gemeinnützigkeit nicht drumherum. Es fängt damit an, dass wenn Sie ein Verein gründen, der nicht gemeinnützig ist, ganz viele fragen: Warum seid ihr nicht gemeinnützig? Erklärt das mal.

**Erzählerin:**

Gemeinnützigsein ist der Standard für Vereine. Nur gemeinnützige Vereine können außerdem Spendenquittungen ausstellen, müssen keine Körperschaftsteuer zahlen und oft bekommen auch nur gemeinnützige Organisationen öffentliche Räume zur Verfügung gestellt. Es gilt als eine Art „Gütesiegel“, erklärt Stefan Diefenbach-Trommer ...

**O-Ton 5 Stefan Diefenbach-Trommer:**

... ganz wichtig und unverzichtbar wird die Gemeinnützigkeit aber bei Fördermitteln. Ob sie kommen von privaten Stiftungen, die in der Regel gemeinnützig sind, darum nur andere Gemeinnützige fördern dürfen oder auch die öffentliche Hand. Ob das die Dorf-Verwaltung vor Ort ist oder die Landesverwaltung. In aller Regel sagen die: Wir geben Geld nur an gemeinnützige Vereine, und wenn sie diesen Status nicht haben, dann fällt das weg. (...) Das heißt, dieser Status hat ganz, ganz viele finanzielle Auswirkungen.

**Erzählerin:**

Der Staat unterstützt also in vielen Fällen nur gemeinnützige Vereine. Gleichzeitig beschränkt er sie durch den Status aber auch. Im Streit mit Attac fällt der Bundesfinanzhof 2019 ein Urteil und legt unter anderem fest:

Zitatorin - liest Leitsatz aus Urteil Bundesfinanzhof

Politische Bildung vollzieht sich in geistiger Offenheit. Sie ist nicht förderbar, wenn sie eingesetzt wird, um die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen.

**Erzählerin:**

Das sogenannte „Attac-Urteil“, von dem in vielen Artikeln und Berichten die Rede ist. Der Bundesfinanzhof versteht unter „geistiger Offenheit“: Politische Bildung muss „wertneutral“ geschehen. Alle Seiten müssen vermittelt werden. Ein Verein darf keine Position beziehen und keine Aktionen daraus ableiten - politische Mittel einsetzen und Gemeinnützigkeit, das geht nicht zusammen.

**O-Ton 6 Stefan Diefenbach-Trommer:**

Der Bundesfinanzhof hat im Fall Attac vor allem den Zweck der politischen Bildung ausgelegt. An der Stelle, finde ich, hat er sehr, sehr, sehr eng ausgelegt. Das hätte er so nicht tun müssen. Und das ganze Urteil des Bundesfinanzhofs war im Fall Attac, da weht ein sehr obrigkeitlicher Geist durch, das steht nicht so in den Worten, aber zwischen den Zeilen. Da weht durch, dass man sagt, sich politisch einzumischen, das ist doch nichts für Vereine. Das sollten doch bitte andere tun, aber nicht Vereine. Und das ist eine Lesart, die ich nicht teile.

**Erzählerin:**

Verhindert werden soll damit, dass Vereine in die Nähe von Parteien rücken.

**O-Ton 7 Thomas Eberhardt-Köster:**

Also Attac würde nie sagen unterstützt doch die Partei XY, sondern Attac sagt immer, wir wollen eine bestimmte Veränderung der Gesellschaft, und wie das dann umgesetzt wird, in welchen Strukturen, wie das läuft, das ist gar nicht mehr unsere Baustelle. Also Attac sieht sich in diesem zivilgesellschaftlichen Feld eher in der allgemeinen Diskussion, da Einfluss zu nehmen, und das ist ganz wichtig, Menschen dazu befähigen, selber Einfluss zu nehmen.

*Atmo Termin Damian Ludewig  
Hallo, herein ... Begrüßung ...*

**Erzählerin:**

Ortswechsel. Ein Gespräch in Berlin, mit Damian Ludewig von „Campact“. Campact beschreibt sich als „eine Bürgerbewegung, die für progressive Politik“ streitet. Über die Plattform werden Online-Appelle an die Politik gestartet, von der Agrarwende bis zum Gehalt von Klinikpersonal. Auch Campact galt wegen Förderung der politischen Bildung als gemeinnützig - bis 2019, da hat das Finanzamt Berlin dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt.

**O-Ton 8 Damian Ludewig:**

Naja, da wurde kritisiert, dass wir allgemein politisch unterwegs seien und eben uns zu viel, zu zu vielen Themen und zu politisch engagieren würden.

**Erzählerin:**

Auf der Homepage steht: Unsere Kampagnen treiben sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt voran - für eine Welt, in der alle Menschen ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können.

**O-Ton 9 Damian Ludewig [kann gekürzt werden]:**

Es lässt sich natürlich nicht leugnen, dass wir unsere Arbeit auf einer, auf der Basis bestimmter Werte machen - wie Demokratie, wie Freiheit, wie soziale Gerechtigkeit, wie Schutz von Umwelt und Natur. Und in dem Sinne haben wir keine geistige Offenheit, genauso wenig wie ein kirchlicher Bildungsträger, eine gewerkschaftliche Bildungseinrichtung oder auch die parteinahen Stiftungen natürlich nicht wertneutral

sind, sondern bestimmte Anschauungen vertreten. Wenn das alles nicht erlaubt sein soll mit der Idee „geistige Offenheit“, dann ist das Bildungsverständnis des BFH aber auch sehr antiquiert und sicherlich nicht unseres.

**Erzählerin:**

Gemeinnützige Zwecke und politische Einmischung ließen sich doch gar nicht voneinander trennen, so Damian Ludewig.

**O-Ton 10 Damian Ludewig [kann gekürzt werden]:**

Nehmen wir einen klassischen Umwelt- und Naturschutz Verband. Der kann sich nicht entscheiden: Mach' ich jetzt nur noch praktische Naturschutz-Arbeit oder mache ich auch politische Arbeit? Sondern das gehört unzweifelhaft beides zum Aufgabenbereich eines Umwelt- und Naturschutz-Verbandes. Also wenn es darum geht, Naturschutzgebiete auszuweisen, dann ist es eine politische Frage, wenn es darum geht, wie wird in der Landwirtschaft gearbeitet. Das ist ganz wichtig für den Naturschutz, dann sind das politische Fragen. (...) Und dann ist es einfach völlig unreal zu sagen, man darf sich jetzt gar nicht mehr politisch oder nur weit im Hintergrund politisch engagieren, sondern das politische Engagement ist in ganz vielen Fällen eigentlich die beste und effektivste Art, seinen Satzungszweck zu erfüllen.

**Erzählerin:**

Campact sei so groß und bekannt, dass die Aberkennung der Gemeinnützigkeit nicht weiter geschadet habe, sagt Damian Ludewig. Man setze sich aber weiter für das Thema ein, weil es für andere Vereine das Aus bedeuten kann.

**O-Ton 11 Damian Ludewig:**

Das grundlegende Problem ist aus unserer Sicht, dass der Zwecke-Katalog sehr veraltet ist, sehr wenig stringent ist, das ist ein wildes Sammelsurium von verschiedenen Zwecken, die da als gemeinnützig deklariert sind, wo man sich bei manchen fragen kann: Sind die jetzt wirklich so zentral für das Gemeinwohl? Und bei anderen Themen fragt man sich so: Dinge wie das Engagement für Menschenrechte, für die Grundrechte, für soziale Gerechtigkeit, das sind eigentlich so grundlegende Dinge, die Kinderrechte, sollen jetzt ins Grundgesetz aufgenommen werden, sind aber auch nicht als gemeinnütziger Zweck enthalten im Zwecke-Katalog.

**Erzählerin:**

Das Attac und Campact betroffen sind, sieht er da eine Linie?

**O-Ton 12 Damian Ludewig:**

So einen gewissen Bias kann man da vielleicht rauslesen. Aber es gab auch rechtsradikale Organisationen, die auch betroffen waren. Es ist nicht nur, dass es nur in eine bestimmte Richtung geht, aber da eben gerade Attac und Campact recht prominente Fälle waren, ist die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit im Moment schon scheinbar, dass das eher ein Problem ja politisch eher linksstehender Organisationen ist oder progressiver Organisationen. Es gibt aber auch Organisationen wie die Stiftung Familienunternehmen oder die Gesellschaft für Wehrtechnik, die auch

gemeinnützig sind, wo man natürlich dann auch überlegen könnte - naja, was, haben die eine geistige Offenheit oder was ...

### **Erzählerin:**

Wer ist warum gemeinnützig? Ich recherchiere weiter im Internet. Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik, 1957 mit Unterstützung des Verteidigungsministeriums gegründet, ist gemeinnützig. Ihr Zweck: Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnissicherheit, Sicherheitspolitik. Der Status weiterer Vereine und Stiftungen:

### **Musik**

#### **Erzählerin [über Musik]:**

Deutscher Fußball-Bund - gemeinnützig, Förderung des Sports

Bertelsmann Stiftung - gemeinnützig, Förderung von Wissenschaft und Forschung, Religion, öffentlichem Gesundheitswesen, von Jugend- und Altenhilfe, Kunst und Kultur, Volks- und Berufsausbildung, Wohlfahrtswesen, internationalem Kulturaustausch, demokratischem Staatswesen und bürgerschaftlichem Engagement.

Etliche Schützenvereine - gemeinnützig, Zweck: Brauchtumpflege  
Karnevalsvereine - gemeinnützig, Zweck: Brauchtumpflege

Laut Medienberichten nach einer Aberkennung inzwischen auch wieder gemeinnützig: der „Verein für Staatsförderung e.V.“, Träger des rechtsextremen Thinktanks „Institut für Staatsförderung“.

### **Musik bricht ab**

*Atmo bei Stefan Diefenbach-Trommer*

### **Erzählerin:**

Die Zivilgesellschaft ist in den letzten 20, 30 Jahren politischer geworden, sagen alle meine Gesprächspartner. Parteien haben an Zuspruch verloren, Themen werden von Nichtregierungsorganisationen und Vereinen gesetzt - die deshalb aber noch lange keine Parteipolitik machen. Die Abgabenordnung bilde diese neue Wirklichkeit nicht ab, erklärt Stefan Diefenbach-Trommer. Die Zwecke seien ungenau oder missverständlich. Er beschreibt das am Zweck, der in der Abgabenordnung „Hilfe für rassistisch Verfolgte“ heißt.

### **O-Ton 13 Stefan Diefenbach-Trommer:**

Die Hilfe für Verfolgte ist eigentlich etwas anderes als zu verhindern, dass sie überhaupt diskriminiert werden. Also deutlicher wäre, es würde drinstehen: sich gegen Rassismus zu engagieren und gegen Antisemitismus ist gemeinnützig. (...) Und das andere Dilemma ist, dass es ganz viele politische Appelle gibt: Engagiert euch gegen Rassismus, gegen Antisemitismus, für Demokratie, für Zusammenhalt.

Und da kommen Vereine zum Finanzamt, und die Finanzbeamten und die Finanzbeamten sollen das möglich machen und finden das im Gesetz eben nicht so einfach wieder. Das ist ein Spagat.

**Erzählerin:**

Die Appelle - von Bundeskanzlerin Angela Merkel oder von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Es waren nicht wenige in den letzten Jahren.

**O-Ton 14 Bundespräsident Steinmeier:**

Wie also, das ist die Frage, kommen wir in Deutschland voran, im Kampf gegen Rassismus. Für mich beginnt das mit der simplen Einsicht, die aber für jeden von uns von großer Tragweite ist: Neutralität kann keine Antwort auf Rassismus sein. Nein, es reicht nicht aus, kein Rassist zu sein, wir müssen Anti-Rassisten sein. Rassismus erfordert Gegenposition, Gegenrede, Handeln, Kritik (...). Anti-Rassismus muss gelernt, geübt und vor allen Dingen gelebt werden.

**Erzählerin:**

Genau dieses Engagement wird den gemeinnützigen Vereinen aber schwer gemacht. Denn sie dürfen ausschließlich den eigenen Zweck fördern. Ein Karnevalsverein nur den Karneval, ein Musikverein nur die Musik, ein Sportverein nur den Sport. Äußern sie sich zu Umweltfragen, zum Frieden, zu Rassismus setzen sie ihre Gemeinnützigkeit aufs Spiel.

**O-Ton 15 Stefan Diefenbach-Trommer:**

Also wir wissen gar nicht, wie viele Sportvereine oder Chor-Vereine stundenlang diskutieren: Hängen wir ein Plakat gegen Rassismus ins Fenster oder nicht? Und am Ende lassen sie es sein, aus Angst, dass dann die Gemeinnützigkeit weg ist und der gesamte Sportbetrieb kaputt wäre. Und ich glaube, dieses Unterlassen von Äußerungen, das tut der Demokratie gar nicht gut.

**Erzählerin:**

Nicht alle Finanzämter legen das so eng aus, fügt Stefan Diefenbach-Trommer an. Es komme auf das jeweilige Amt an. Das gilt auch für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Er hat das 2018 in einer Studie gezeigt. Drei Vereine hat er dafür konstruiert, die sich für die Allgemeinheit politisch einmischen wollten. Einen Musikverein zum Beispiel, der sich für ein Bundesgesetz zur Musikschul-Finanzierung einsetzen möchte. Die Satzungen gingen an mehrere Finanzämter. Das Ergebnis: Die Hälfte der Finanzämter bestätigte die Gemeinnützigkeit, die andere Hälfte nicht. Je deutlicher die politische Einmischung, desto geringer die Anerkennungsquote.

**O-Ton 16 Stefan Diefenbach-Trommer:**

... und zwar nicht deshalb, weil dort irgendwie Leute arbeiten, die keine Ahnung haben, sondern weil das Gesetz so ungenau ist. Und man sieht das, was eigentlich politisch sinnvoll ist und demokratisch nötig ist, das stößt an Grenzen. Also die, die Nein sagen, sagen das ja nicht aus Bösartigkeit, sondern sie sagen: Sorry, tut mir leid, das Gesetz gibt es nicht her. Und die, die ja sagen, die biegen vielleicht das Gesetz so lange, dass es knirscht, um es möglich zu machen.



## *Atmo Anruf Thomas Willms*

### **Erzählerin:**

Die Finanzämter entscheiden mal so und mal so, sagt auch Thomas Willms mit dem ich telefoniere. Willms ist Geschäftsführer des Bundesverbandes der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ - kurz VVN-BdA. Die VVN, 1947 gegründet, ist ein Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpfern, Antifaschisten. Sie engagiert sich gegen Faschismus und hält die Erinnerung an die Nazigräuere wach.

Auch dem VVN-Bundesverband wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt, weil er im Verfassungsschutzbericht des bayerischen Landesverfassungsschutzes auftaucht. Es ist unklar, ob der den Bundesverband überhaupt aufführen darf - und was das für andere Gliederungen der Organisation bedeutet. Fakt ist: Das Schreiben, dass die Bundesvereinigung bekommen hat, ging auch an die Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen und vier Kreisvereinigungen in NRW. Alle haben Widerspruch eingelegt – mit unterschiedlichem Ergebnis.

### **O-Ton 18 Thomas Willms:**

Also unsere Landesvereinigung NRW, mit Sitz in Oberhausen, hat die Gemeinnützigkeit wiedererhalten, auch unsere vier Kreisvereinigungen dort. Die Bundesvereinigung allerdings nicht. Also es ist schon einmal eine Rechtsunsicherheit, weil es kommt darauf an, wo man sitzt, also wo der Verband seinen Sitz hat. Da kommen unterschiedliche Dinge dabei raus.

### **Erzählerin:**

Der bayerische VVN-Landesverband hat jahrelang dagegen geklagt, dass er im Verfassungsschutzbericht genannt wird. Jetzt klagt er auch noch vor dem Finanzgericht. Die VVN lebt von Mitgliedsbeiträgen und Spenden, bekommt keine staatlichen Gelder. Wir sind kein reicher Verein, sagt Thomas Willms. Wenn die Entscheidung nicht zurückgenommen wird, müssen sie Steuern nachzahlen, in fünfstelliger Höhe, die Auseinandersetzung lähmt außerdem die inhaltliche Arbeit ...

### **O-Ton 19 Thomas Willms:**

... und was natürlich über allem steht, ist so ein bisschen die moralische Verurteilung. Ne, also das Rote-Kreuz ist gemeinnützig und die Arbeiterwohlfahrt ist gemeinnützig, das sind alles „die Guten“, ja. Und die VVN-BdA, die ist das dann ja nicht. Also muss ja bei denen irgendwie was faul sein. Also wir werden da an den Rand gedrängt und nicht für „gut befunden“ sozusagen.

## **Musik Microphone Mafia mit Esther Bejarano**

### **Erzählerin [über Musik]:**

Auf der Homepage der VVN-BdA finde ich eine Petition - und einen offenen Brief von Esther Bejarano an Finanzminister Olaf Scholz. Bejarano, 95, hat Auschwitz überlebt. Ihr Leben lang engagiert sie sich gegen Faschismus, gegen Nazis. Seit 2008 ist sie Ehrenvorsitzende der VVN-BdA. Sie schreibt...

Zitatorin - liest Brief - über Musik

Sehr geehrter Herr Minister Scholz, für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden (...). Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus! (...) Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte!

### **Erzählerin [über Musik]:**

Esther Bejarano wurde vielfach ausgezeichnet: Ehrengedenkmünze in Gold der Stadt Hamburg für ihren Einsatz für Demokratie und Toleranz, Bundesverdienstkreuz der 1. Klasse - und 2012 das Große Bundesverdienstkreuz für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl - überreicht von Olaf Scholz. In ihrem offenen Brief schreibt sie weiter:

Zitatorin - liest weiter aus Brief - über Musik

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt. Und nun frage ich Sie: Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen? Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

### **Musik bricht ab**

#### **Erzählerin:**

Mitte Dezember 2020 - die Abgabenordnung und der Paragraf 52 stehen auf der Tagesordnung des Bundestags. Änderungen sind angekündigt. Die „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ und ihre Mitglieder setzen auf die Bereitschaft des Bundes, die Liste der gemeinnützigen Zwecke zu erweitern und darauf, dass diese Zwecke dann auch mit politischen Mitteln verfolgt werden dürfen.

#### **O-Ton 20 Damian Ludewig:**

Gerade heute, in unserer derzeitigen Situation, wo die Demokratie doch sehr unter Beschuss ist, in Teilen der Gesellschaft, finden wir es sehr wichtig, dass die Zivilgesellschaft da sich nicht selbst beschränkt aus Angst vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit, sondern klare Rechtssicherheit kriegt von der Politik und weiß: Okay, in den und den Grenzen darf ich mich für das Gemeinwohl auch politisch engagieren. Uns erscheint es sehr wichtig, dass es da Klarheit gibt.

#### **Erzählerin:**

Nach der Sitzung: Der Bundestag hat fünf neue Zwecke aufgenommen:

Zitatorin – neue Zwecke

Klimaschutz, Hilfe gegen Diskriminierung wegen geschlechtlicher Orientierung oder geschlechtlicher Identität, die Pflege von Friedhöfen oder Denkmälern für totgeborene Kinder, Freifunk, Ortsverschönerung.

**Erzählerin:**

Klimaschutz, klar. Aber warum nicht auch der Einsatz für soziale Gerechtigkeit? Ortsverschönerung, schön und gut. Aber Menschenrechte fehlen weiter? Und das politische Engagement? Fehlanzeige. Die Vereine müssen sich weiter zurückhalten, wenn sie ihre Gemeinnützigkeit nicht gefährden wollen.

**O-Ton 21 Diefenbach-Trommer:**

Dieses Recht atmet einen Geist von: Ihr dürft helfen. Da wo Not ist, könnt ihr mal eingreifen, Verfolgten helfen, aber ansonsten haltet euch bitte aus der Gesellschaft raus.

**Erzählerin:**

Und Thomas Eberhardt-Köster von Attac meint:

**O-Ton 22 Thomas Eberhardt-Köster:**

Also wer eine Zivilgesellschaft will, muss auch bestimmte Strukturen schaffen und muss akzeptieren, dass sie sich auch einmischt. Also ich kann nicht Zivilgesellschaft wollen und dann aber sagen, immer wenn ihr was sagt, dann wollen wir das aber nicht hören. Das eine gehört zum anderen dazu.

**Erzählerin:**

Attac hatte gegen das Urteil des Bundesfinanzhofs von 2019 Revision eingelegt. Ende Januar 2021 hat der Bundesfinanzhof die Revision zurückgewiesen. Er hält an seinem Urteil fest: Das Engagement von Attac sei „zu politisch“, um gemeinnützig zu sein. Attac zieht jetzt vor das Bundesverfassungsgericht.